

Florian Trippler

OV Kalk

Stellv. Sprecher der LAG Finanzen NRW · Volkswirt, arbeitet als Data Scientist



Bewerbung als Delegierter zur Landesdelegiertenkonferenz

Liebe Freund*innen,

ich lebe in Kalk, dem Stadtbezirk mit der höchsten Kinderarmut in Köln. Kalk, Höhenberg, Vingst, Ostheim und Neubrück bilden das größte zusammenhängende Benachteiligungsgebiet der Stadt. Wer über die Kalker Hauptstraße geht, braucht keinen Sozialbericht, um zu sehen, wo Köln seine Substanz verliert.

Aufgewachsen bin ich nicht hier, sondern in einem Dorf in Niedersachsen, katholisch und konservativ. Zwischen dort und Kalk liegen Welten, und trotzdem stellt sich an beiden Orten dieselbe Frage: Funktioniert der Staat hier eigentlich noch? Aus dem Dorf habe ich einen Grundsatz mitgenommen, der eigentlich konservativ ist und sich hervorragend progressiv auslegen lässt — man hinterlässt die Dinge ein Stück besser, als man sie vorgefunden hat. Auf öffentliche Haushalte angewendet ist das ungefähr das Gegenteil dessen, was gerade passiert.

Anfang September hat unser Oberbürgermeister den Kölner Doppelhaushalt 2027/2028 eingebracht: ein Loch von 811 Millionen Euro für 2027 und 931 Millionen für 2028, trotz eines Sparprogramms von rund 250 Millionen Euro im Jahr. Wo das zuerst wehtut, kann sich jede und jeder ausrechnen — und es ist nicht Hahnwald. Dabei ist Köln eine Stadt mit starker Wirtschaft. Wenn es hier so aussieht, ist klar, wie es im Ruhrgebiet aussieht: Das ist kein Kölner Sonderfall, das ist der Normalzustand in NRW.

Wer bestellt, bezahlt: In NRW steht dieser Grundsatz sogar in der Landesverfassung, seit 2004 in Artikel 78. Trotzdem stopfen unsere Städte Jahr für Jahr Löcher, die auf anderer Ebene aufgerissen wurden. Das Land hat es in der Hand: über den Verbundsatz im Gemeindefinanzierungsgesetz, über ehrliche Kostenfolgeabschätzungen, über eine Lösung bei der Eingliederungshilfe. Meine Kurzfassung lautet: Programme runter, Verbundsatz hoch. Kommunen brauchen nicht das nächste Förderprogramm mit Antragsfrist und Eigenanteil, sondern verlässliches Geld, über das sie selbst entscheiden.

Meine Frau leitet an einer Gesamtschule eine 6. Klasse mit Inklusionsschwerpunkt. Dort ist eine Stelle gestrichen worden, schlicht weil das Geld fehlte, andere lassen sich nicht besetzen. Was bleibt, ist das Pflichtprogramm. Und wenn nur noch das Pflichtprogramm läuft, trifft es zuerst die, die am meisten Unterstützung bräuchten: Kinder mit Förderbedarf, deren Eltern keine Lobby haben. Genau hier entscheidet sich, ob unser Anspruch auf Teilhabe etwas wert ist — und zuständig dafür ist das Land. Wohin es führt, wenn der Staat sichtbar aufhört zu liefern, haben wir vor wenigen Tagen in Sachsen-Anhalt gesehen. In acht Monaten wird in NRW gewählt.

Als ein Sprecher der LAG Finanzen arbeite ich daran, dass wir dafür Antworten haben und nicht nur Klagen. Für das Landtagswahlprogramm 2027 verantworte ich in unserer LAG das Gesamtkonzept für Kommunalfinanzen. Die entscheidenden Hebel liegen dabei nicht nur in Berlin, sondern auch in Düsseldorf.

Ich bewerbe mich am 19. September für beide Delegationen, die zur LDK und die zur BDK. Nicht um Mandate zu sammeln, sondern weil der Bund bestellt, das Land verteilt und am Ende die Stadt bezahlt. Ich möchte dafür streiten, dass die Handlungsfähigkeit der Kommunen kein Unterpunkt im Programm bleibt. Kein Radweg, keine Wärmeplanung, keine inklusive Schule ohne einen Haushalt, der sie trägt.

Gute Kommunalfinanzierung ist nicht alles. Aber ohne sie ist alles nichts.

Ich kann an allen drei Tagen in Essen dabei sein. Über euer Vertrauen würde ich mich sehr freuen.

Florian